

PRESSEMITTEILUNG

Die Landesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros Niedersachsen (LAG Gleichstellung) traf sich am 28.6.22 zur Landeskonzferenz in Oldenburg – erstmalig nach Corona wieder in Präsenz. Als zentrales Thema der Landeskonzferenz wurde darüber diskutiert, wie Stadtentwicklung und Mobilität geschlechtergerechter vorangetrieben werden kann.

Mit dem Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg, Jürgen Krogmann, und Dr. Uta Biermann vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung diskutierten fast 80 kommunale niedersächsische Gleichstellungsbeauftragte über das Schwerpunktthema der Konferenz.

Grundlage dazu bildete der Input der Referentin Juliane Krause, Bauingenieurin und Verkehrsplanerin, eine Expertin auf diesem Gebiet mit einem eigenen Planungsbüro (plan&rat aus Braunschweig). Ihr Vortrag unter dem Titel „Gleichstellung und Mobilität – Stadtentwicklung geschlechtergerecht voran bringen“ stellte Möglichkeiten und Visionen für eine zeitgemäße Gestaltung von Mobilität vor. Gerade Frauen benötigen mehr Sicherheit im öffentlichen Raum und auch andere Mobilitätsoptionen, da sie stärker den ÖPNV oder auch das Fahrrad nutzen als Männer. Veränderungsmöglichkeiten liegen beispielsweise in neuen Lichtkonzepten im öffentlichen Raum sowie lange geschwungene Sichtachsen statt dunkler uneinsichtiger Ecken und ein Ausbau von Konzepten für den ÖPNV.

Neben dem öffentlichen Teil der Landeskonzferenz wird im nicht-öffentlichen Teil unter anderem über Interna der Landesarbeitsgemeinschaft diskutiert und beschieden, aber auch das Thema „Gesundheit rund um die Geburt“ ist im Rahmen des neuen Krankenhausgesetzes ein elementares Thema unter den Gleichstellungsbeauftragten. Wie aktuell die Thematik der wohnortnahen Geburtsversorgung ist, zeigten Meldungen aus Nordrhein-Westfalen in der vergangenen Woche. Dort hielt die Autobahnpolizei ein Auto an, das mit überhöhter Geschwindigkeit über die Autobahn fuhr. Es stellte sich heraus, dass sich im Auto eine Frau befand, die in den Wehen lag. Trotz Begleitung durch die Polizei – die den Weg frei hielt für das werdende Elternpaar, schaffte es die Frau nur bis zum Eingang des Krankenhauses, dort erblickte ihr Kind das Licht der Welt. Wohnortnahe Geburtsmöglichkeiten sind daher aus Sicht der Gleichstellungsbeauftragten als Grundversorgung einzustufen, um die Wege kurz zu halten für mehr Sicherheit für Mutter und Kind.

Für den Vorstand der LAG Gleichstellung

Susanne Häring